Stand: 16.12.2025 09:59:10

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6830

"Bilanz des G7 Gipfels auf Schloss Elmau"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6830 vom 09.06.2015
2. Beschluss des Plenums 17/6919 vom 10.06.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 46 vom 10.06.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 09.06.2015 **Drucksache 17/6830**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bilanz des G7 Gipfels auf Schloss Elmau

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:

   Das Treffen der Staats- und Regierungschefs anlässlich des G7-Gipfels wird zu Recht für seine mangelnde Legitimität und die völlige Abschottung der teilnehmenden Staats- und Regierungschefs kritisiert.

2. Die Staatsregierung wird aufgefordert:

   a) Sich für eine Reform des G7 Gipfels einzusetzen. Der Gipfel soll sich für die Diskussion mit der Zivilgesellschaft öffnen, es soll die Möglichkeit für Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Wissenschaft und von NGOs geschaffen werden. Für jeden künftigen Gipfel-Veranstaltungsort sollen klare Nachhaltigkeitskriterien festgelegt werden, die insbesondere auch ökologische Vorbehalte berücksichtigen und eine Kostenanalyse enthalten. Auch die Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger vor Ort ist frühzeitig sicherzustellen.

   b) Im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zu berichten:

      – Welche Gesamtkosten der G7 Gipfel für den Freistaat Bayern verursacht hat.

      – Wie viele Arbeits- und Überstunden für die polizeilichen und nichtpolizeilichen Sicherheitskräfte angefallen sind.

      – Wie die Staatsregierung, vor dem Hintergrund des Urteils des VG München zur Genehmigung des Protestcamps, ihre Entscheidung bewertet, Protestcamps soweit wie möglich, verhindern zu wollen.

      – Welche verbindlichen Ergebnisse der G7 Gipfel hervorgebracht hat.

Begründung:

Vom 7. Juni bis zum 8. Juni 2015 fand der G7 Gipfel im Hotel Schloss Elmau statt. Die Vorbereitung und Durchführung des Gipfels hat immense Kosten verursacht, eine Reihe von invasiven Eingriffen in die Natur um den Tagungsort nach sich gezogen und ein massives Polizeiaufgebot mit sich gebracht. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wurde am Gipfelort stark eingeschränkt. Hier hat der Staat nicht Stärke gezeigt, sondern Schwäche aus Angst vor der Kritik seiner Bürgerinnen und Bürger

Da die wirtschaftlich starken Nationen das G7 Treffen in hohem Maße dazu nutzen, ihre eigenen Interessen abzustimmen und international durchzusetzen, wird das Treffen zu Recht für seine mangelnde Legitimität kritisiert. Die Regierungen der G7 Staaten werden bisher ihrer globalen Verantwortung nicht gerecht, u.a. gehören sie zu den größten Waffenexporteuren der Erde, zu den größten Verbrauchern von Rohstoffen und Energie und den größten Verursachern klimaschädlicher Gase. Die G7 Staaten tragen eine besondere Verantwortung für weltweite Probleme, deren Folgen oft die ärmeren Länder zu tragen haben. Der Landtag soll sich dafür einsetzen, das G7 Treffen in seiner gegenwärtigen Form als informeller Club zu reformieren und die Tagung künftig für die Zivilgesellschaft zu öffnen.

Gleichzeitig ist es auch aus Gründen der Nachhaltigkeit erforderlich ein neues Verfahren für die Auswahl der Gipfelaustragungsorte zu entwickeln.

Nach Beendigung des G7 Gipfels ist es nun an der Zeit, Bilanz zu ziehen und detailliert offen zu legen, welche genauen Kosten das zweitätige Treffen für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern verursacht hat.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 10.06.2015 **Drucksache** 17/**6919**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**6830**

Bilanz des G7 Gipfels auf Schloss Elmau

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Eva Gottstein
Abg. Dr. Florian Herrmann
Abg. Katharina Schulze
Abg. Markus Rinderspacher
Abg. Manfred Ländner
Staatsminister Joachim Herrmann
Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Claudia Stamm

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Vorab gebe ich bekannt, dass die SPD für den Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/6824 und die GRÜNEN für ihren Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/6826 namentliche Abstimmung beantragt haben. Damit läuft schon einmal die Uhr.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
G7-Gipfel in Elmau (Drs. 17/6821)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU)
G7-Gipfel - Dank an die Einsatzkräfte für den vorbildlichen Einsatz in Elmau (Drs. 17/6823)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bilanz des G7 Gipfels auf Schloss Elmau (Drs. 17/6830)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

Umsetzung der vereinbarten Ergebnisse und Erreichung der formulierten Ziele des G7-Gipfels von Elmau unterstützen (Drs. 17/6837)

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache und bitte als erste Rednerin Frau Gottstein zum Rednerpult.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gott sei Dank, dass der Gipfel vorbei ist und dass nichts Schlimmes im Sinne eskalierender Demonstrationen oder gar eines terroristischen Anschlags passiert ist. Gott sei Dank, dass er war, wie er war.

Vier Anträge, von jeder Fraktion einer, beschäftigen sich deshalb heute zu Recht im Nachklang mit den vergangenen Tagen.

Zunächst zu den Anträgen der anderen Fraktionen: Zum Antrag der GRÜNEN fällt mir eigentlich nichts anderes ein, als den Ausspruch Mephistos in Goethes Faust abzuwandeln, der da heißt: "Grau, teurer Freund, ist alle Theorie und grün des Lebens goldner Baum." Ich möchte formulieren: Grün, teurer Freund, ist alle Theorie. Dieser Antrag – seien Sie mir nicht böse – ist mit seiner Annahme, als könnten wir von Bayern aus die Welt verändern, so etwas von bürokratisch, wirklichkeitsfremd und praxisfremd. Wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Und nun zum Antrag der CSU und zum Antrag der SPD: Beide Anträge enthalten alles das, was wir heute wollen; der eine ist detaillierter, der andere etwas globaler. Wir werden diesen Anträgen zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Und nun zu unserem Antrag. Er enthält zunächst ganz viele "Dankeschöns". Den ersten Dank möchte ich eigentlich nicht aussprechen, nämlich an die Demonstranten, weil es eigentlich selbstverständlich ist, dass dieses Grundrecht friedlich ausgeübt wird. Wir danken auch nicht dem Steuerzahler dafür, dass er pünktlich seine Steuern zahlt, oder dem Autofahrer dafür, dass er sich an die Regeln hält. Aus dieser Sicht pervertiert es etwas unsere Wertevorstellung, wenn wir uns für friedliches Demonstrieren bedanken, also für etwas, das eigentlich selbstverständlich ist.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Aber vielleicht für die Arbeit der Polizei!)

Ich denke, wir müssen uns bei denen bedanken, die sich im Rahmen dieser Demonstrationen – ob sie dafür zuständig waren, ob sie sie organisiert haben oder ob sie beteiligt waren – eindeutig von gewaltbereiten Demonstranten distanziert haben. Dafür sagen wir Dankeschön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der nächste Dank gilt allen Kommunalpolitikern vor Ort, den vielen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, der Bürgermeisterin von Garmisch-Partenkirchen, dem Bürgermeister von Krün, den Bürgermeistern der anderen Orte in der Region. Sie hatten manchmal die nicht einfache Aufgabe, die politischen Entscheidungen von Bund und Land im Zusammenhang mit dem Gipfel zu vertreten und umzusetzen. Das haben sie in vorbildlicher Weise getan. Dafür danke ich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein besonderer Dank gilt in diesem Zusammenhang dem Landrat Toni Speer

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

- lasst mich doch erst einmal ausreden -, der sowohl bei den Vorbereitungen als auch bei der Durchführung eine ausgewogene, beruhigende Präsenz gezeigt hat. Er hat gezeigt, dass er ein Bilderbuchbayer ist. Das hat sich niemand ausgesucht, aber das ist

er. Er war es. Wenn der Gipfel in einem Landkreis stattfinden musste, dann eigentlich in dem, wo er Landrat ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der nächste Dank unsererseits, ich denke, auch des ganzen Landtags, gilt den Einsatzkräften der Hilfsorganisationen und der Rettungsdienste – Feuerwehr, THW, Rotes Kreuz, Malteser, Bundeswehr, Bergwacht -, die dieses Ereignis zum großen Teil ehrenamtlich – das muss an dieser Stelle auch noch einmal betont werden – und ohne persönlichen Nutzen, einfach aus ihrem Selbstverständnis heraus im Dienst an der Bevölkerung und für Bayern seit Monaten vorbereitet und an den Gipfeltagen effizient unterstützt haben. Mein Dank gilt diesen Gruppen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der nächste Dank geht natürlich an die vielen Polizistinnen und Polizisten Bayerns und der anderen Bundesländer. Dass wir an dieser Stelle der bayerischen Polizei besonders danken, versteht sich von selbst. Auch hier muss man genau hinsehen: Wir danken denen, die überlegt und professionell an den Planungen beteiligt waren, lange bevor wir den Gipfel überhaupt zur Kenntnis genommen haben. Und wir danken den vielen, die die fehlenden Kolleginnen und Kollegen ersetzt haben, deren Arbeit mit übernommen und die Urlaubssperre mitgetragen haben und die so im Hintergrund ihren Teil zum Gelingen des Gipfels beigetragen haben.

Ein besonderer Dank geht dann noch an unsere Polizei vor Ort. Sie agierte so, wie es eine Zeitung formuliert hatte: Wasserbecher statt Wasserwerfer. Das war treffend. So ist es rübergekommen, und so wurde es durchgeführt. Dafür danken wir. Die Polizei war zeitgemäß ausgebildet; sie war professionell vorbereitet und war hoch motiviert. Sie hat sich persönlich wunderbar eingesetzt. Danke!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nicht vergessen werden darf aber auch – das ist manchmal in der öffentlichen Berichterstattung untergegangen – der Dank an die Bürgerinnen und Bürger des Werdenfelser Landes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich denke, man muss besonders die Bürger von Klais, von Krün, von Garmisch-Partenkirchen und Mittenwald nennen, aber auch die Bürger der anderen Dörfer, von den Almen, den Bauernhöfen sowie den Kommunen drumherum. Sie mussten Ängste aushalten, und wir betonen ausdrücklich, diese Ängste wurden nicht ohne Grund geschürt. Man hatte die Bilder von Hamburg oder Frankfurt im Kopf,

(Reinhold Bocklet (CSU): Das ist der Unterschied!)

und so war es gerechtfertigt, auf diese Ängste einzugehen und die drohenden Gefahren beim Namen zu nennen, um die Bürger auf sie vorzubereiten. Die Bürger mussten damit umgehen; sie mussten Einschränkungen in ihrer persönlichen und beruflichen Mobilität in Kauf nehmen. Sie sind sich zum Schluss schon ein bisschen eingekesselt vorgekommen.Sie haben das akzeptiert. An dieser Stelle möchten wir den Bürgerinnen und Bürgern für ihr Verständnis danken, für ihre Geduld, für ihre Freundlichkeit, für ihre Herzlichkeit und dafür, dass sie sich mit der bayerischen Politik, mit der deutschen Politik in diesem Fall, identifiziert haben. Eigentlich gebührt deshalb der Bevölkerung dieser Gegend der Hauptdank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Unser Antrag, der Antrag der FREIEN WÄHLER, möchte in erster Linie, dass dieser Dank seitens des Landtags offiziell ausgesprochen wird. Da habe ich jetzt keine Angst, nachdem sich alle Fraktionen damit beschäftigen.

Wir wollen aber auch, dass die Endabrechnung transparent gemacht wird. Das betrifft die Überstunden, den Einsatz der Polizei, das Geld. Politik kann und muss etwas kosten, in dieser Frage stimmen wir den Worten des Ministerpräsidenten zu. Aber die Po-

litik muss transparent sein. Es muss vermittelt werden, was wofür ausgegeben worden ist. Wir sind zuversichtlich, dass die Regierung uns die Informationen liefert.

Außerdem fordern wir, dass auch hier die Redensart gilt: Wer anschafft, der zahlt. Es sind eindeutig mehr Kosten durch die Terminverschiebung entstanden. Wir möchten deshalb, dass Bayern noch ein bisschen mehr herausholt. Wegen der guten Beziehungen des Ministerpräsidenten und aufgrund des Erfolges, den er hier für Bayern vorweisen kann, sind wir guter Hoffnung, dass das geht. Vielleicht hat er noch ein paar Steine bei der Bundeskanzlerin im Brett. Wir Bayern müssen nicht die Hauptlast tragen. Da könnte man also schon noch nachbessern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unsere letzte Forderung ist ein zeitnaher Freizeitausgleich. Ich hoffe, auch in dieser Frage besteht Konsens, und auch hier bleibe ich bei den Sprichwörtern: Vom Lob und vom warmen Händedruck kann man nicht herunterbeißen. Das heißt, für die vielen Überstunden, für die viele Mehrarbeit, die in vielen Bereichen, insbesondere aber bei der Polizei, geleistet worden ist, wollen wir einen zeitnahen Freizeitausgleich. Wenn das bei der Polizei nicht in allen Bereichen geht, weil unsere Sicherheit nicht gefährdet werden darf, wollen wir eine unbürokratische, eine unkomplizierte Möglichkeit der direkten Auszahlung. Der einzelne Polizist soll eine Anerkennung dafür erhalten, dass er seinen Kopf hinhalten musste. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Dr. Herrmann. Bitte.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als feststand, dass der G-7-Gipfel 2015 in Elmau stattfindet, haben wir vor über einem Jahr zu vielen Menschen "Bitte" gesagt. Bitte, liebe Kommunen und Behörden, liebe Einsatzkräfte und Hilfsorganisationen, bereiten Sie diese beiden

Tage so perfekt vor, wie es die Menschen in Bayern gewohnt sind. Bitte, liebe Hoteliers und Geschäftsleute, stellen Sie sich darauf ein, dass die Zeit vor und während des Gipfels vor Ort anders sein wird als üblich. Bitte, liebe Anwohner in der Region, rechnen Sie mit Einschränkungen ihres gewohnten täglichen Lebens. Daher gehört es sich auch, dass wir hier, im Bayerischen Landtag, heute und unmittelbar nach dem erfolgreichen Gipfel, laut und vernehmlich Danke sagen.

(Beifall bei der CSU und der SPD)

Wir danken den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, den Landwirten und Geschäftsleuten, dass sie die Einschränkungen hingenommen haben. Es waren Tausende von Gästen, nicht nur sieben, denen sie herzlich und weltoffen begegnet sind. Danke!

Wir danken den beteiligten kommunalen Ebenen, der Staatsbauverwaltung, den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie sonstigen Verwaltungsbehörden, die mit der Vorbereitung, der Organisation und Durchführung des G-7-Gipfels befasst waren. Wir danken vor allem aber auch den bayerischen Sicherheitsbehörden, insbesondere der bayerischen Polizei, den Einsatzkräften der Hilfsorganisationen und der Rettungsdienste, der Feuerwehr und des Technischen Hilfswerks sowie der Bundeswehr, dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz, den Bundesländern, dem Bund und den Nachbarstaaten, die mit Kräften ihrer Landespolizei die Bundespolizei und Bayern bei diesem Großeinsatz unterstützt haben.

(Beifall bei der CSU)

Ausdrücklich einbeziehen in diesen Dank möchte ich stellvertretend die Bürgermeisterin und den Landrat von Garmisch-Partenkirchen sowie Staatskanzleichef Marcel Huber und unseren Innenminister Joachim Herrmann. Herzlichen Dank für den großartigen Einsatz!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Großeinsatz ist über ein Jahr lang akribisch vorbereitet und dann wie geplant durchgeführt worden. Das war vorbildlich, ich will sagen: Das war perfekt.

(Beifall bei der CSU)

Das zeigt einmal mehr, dass gut ausgebildete und ausgestattete Einsatzkräfte auch außergewöhnliche Großereignisse vorbildlich bewältigen können. Die bayerische Polizei hat damit weltweit beachtete Maßstäbe für die Vorbereitung und Durchführung solcher Großereignisse gesetzt.

(Beifall bei der CSU)

In einem Satz zusammengefasst: Wir sind stolz auf unsere Polizei.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Beifall bei der SPD)

Wir alle wissen von den G-7-Gipfeln der vergangenen Jahre, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, dass dieses symbolträchtige Treffen der sieben wichtigsten Industrienationen völlig ohne Krawall, Sachschäden und Körperverletzungen abläuft. Wir haben gezeigt: Es geht auch ohne. Elmau hat gezeigt: Demonstrationen, zerbrochene Scheiben und brennende Polizeiautos gehören nicht zusammen, auch wenn gewaltbereite Demonstranten des internationalen linken Blocks das für ein Naturgesetz halten. Es ist gut, dass diese falsche Logik endlich einmal durchbrochen wurde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist kein Zufall, sondern das ist das Ergebnis einer seit Jahren in Bayern selbstverständlichen Null-Toleranz-Strategie. Deeskalation durch Stärke nennen wir das. Es ist weltweit einmalig, dass bei einem G-7-Gipfel keine einzige Glasscheibe zu Bruch gegangen ist.

(Beifall bei der CSU)

Daher war auch der Kräfteansatz genau richtig. Damit wurde von Anfang an das klare Signal ausgesendet: Gewalttäter von links und rechts, meidet Elmau; denn ihr werdet kein Vergnügen haben, weil Straftaten nicht akzeptiert werden.

(Beifall bei der CSU)

Das ist sicher auch der Grund, warum am Ende deutlich weniger Gewaltbereite erschienen sind, als nach den Erfahrungen früherer Jahre zu Recht befürchtet wurde. Immerhin, 350 bis 400 waren es trotzdem. Die hätten auch jeden Spielraum genutzt, um friedliche Demonstrationen in das Gegenteil zu verkehren, wenn sie diesen Spielraum gehabt hätten. Einzelne Versuche hat es durchaus gegeben: Durchbruchversuche Richtung B 2 oder der Angriff gegen einen Polizeibeamten mit einem Feuerlöscher. Gerade durch die starke Polizeipräsenz wurden derartige Versuche aber sofort und nachhaltig im Keim erstickt. Wer im Nachhinein, nachdem alles perfekt gelaufen ist, den Kräfteansatz der Polizei kritisiert, hat von Polizeiarbeit keine Ahnung.

(Beifall bei der CSU)

Dieselben würden wahrscheinlich auch zu Hause die Haustür offen lassen, wenn zwei Jahre lang niemand eingebrochen hat. Gelegenheit macht aber nicht nur Diebe, sondern auch Gewaltausbrüche linker Chaoten. Wenn es diese linken Gewalttäter nicht gäbe, bräuchten wir viel weniger Polizei. Die Realität ist aber eine andere; ich nenne als Stichworte die EZB-Eröffnung, Berlin, Hamburg und Mailand.

Besonders hervorzuheben ist auch die moderne Kommunikationsstrategie der Polizei. Auch auf Twitter und Facebook hat sie den richtigen Ton getroffen, so freundschaftlich wie bestimmt.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der GRÜNEN)

Die GRÜNEN kritisieren den Einsatz natürlich, möchte man fast sagen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Was denn?)

Kollegin Schulze sagt: Weniger wäre mehr gewesen. Sie spricht von einem "Sicherheit-Overkill". In ihrem heutigen Antrag schreiben die GRÜNEN, der Staat habe Schwäche gezeigt aus Angst vor der Kritik seiner Bevölkerung.

(Lachen bei der CSU)

Verdrehter kann man es wirklich nicht mehr darstellen. Darauf muss man erst einmal kommen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich sage, Sie sind ideologisch einfach verblendet. Damit bleiben Sie sich treu. Wenn alle Welt Bayern lobt und bewundert, dann machen die GRÜNEN das, was sie immer machen: Bayern schlechtreden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Der eigentliche Skandal ist: In Ihrem Dringlichkeitsantrag findet sich kein einziges Wort des Dankes an die Polizei. Nicht einmal für Lippenbekenntnisse reicht es also noch. Das belegt erneut: Weite Teile des linken politischen Spektrums haben ein gestörtes Verhältnis zur Polizei und zum Rechtsstaat.

(Beifall bei der CSU)

Die GRÜNEN stehen einfach nicht hinter unserer Polizei. Aus Ihren Äußerungen spricht Misstrauen statt Vertrauen. Das ist vor allem nach diesem wirklich perfekten Einsatz ein Beweis für Ihre Polizei-Phobie.

Wir jedenfalls danken den Einsatzkräften aus ganz Deutschland, vor allem natürlich den bayerischen Polizistinnen und Polizisten, für den engagierten Einsatz. Unser Dank sollte sich dabei nicht nur auf Worte beschränken, und deshalb befürworten wir es auch, wenn der große und außergewöhnliche Einsatz mit einer konkreten Gratifikation für alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gewürdigt wird.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich hoffe sehr, dass gerade die Kolleginnen und Kollegen der Opposition diesen erfolgreichen Einsatz nicht vergessen, wenn es bald wieder um die alltäglichen Einsätze der Polizei bei Fußballspielen oder ganz normalen Demonstrationen geht. Es würde den Beamten nämlich auch gut tun, wenn nicht jeder Einsatz, sei es bei Fußballspielen oder Pegida- oder Anti-Pegida-Kundgebungen, eine ganze Kaskade von Landtagsanfragen nach sich ziehen würde. Ich kann Ihnen nur raten: Reden Sie einfach auch einmal mit den Beamten, reden Sie mit den USK-Beamten, bevor Sie ungeprüft die haltlosen Behauptungen von linken Chaoten in Ihre Anträge übernehmen. Das sind nämlich dieselben, die unsere Polizei als "Unterdrückungsapparat" bezeichnen oder die Gewalt linker Gewalttäter mit gerechtfertigtem Eingreifen der Polizei gleichsetzen oder im Internet empfehlen, möglichst viele Strafanzeigen gegen Polizisten zu erstatten, um diesen persönlich bei Beförderungen Schwierigkeiten zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Die Polizei hat unseren Rückhalt und unsere Wertschätzung verdient, nicht nur nach Elmau, sondern immer.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber es geht nicht nur um die Polizeikräfte; es geht auch um die Hilfsorganisationen: die Feuerwehr, das BRK, die Malteser, Johanniter, ASB, THW. Bei der Hitze am Freitag und am Samstag hat sich gezeigt: Gut, dass auch sie so hervorragend vorbereitet waren. Auch unseren Hilfsorganisationen, gerade den ehrenamtlich Tätigen, danken wir. Auch auf sie sind wir stolz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Harald Güller (SPD): Sie haben die Helfergleichstellung abgelehnt als Gesetz!)

Zum Schluss will ich noch sagen, dass die pauschale Kritik an der Organisation des Gipfels, vom Frühschoppen mit dem US-Präsidenten und der Kanzlerin in Krün bis zu

den Kosten des Gipfels zeigt: Das Karopapier kann gar nicht kleinkariert genug sein, um von den Beckmessern in diesem Land doch noch vollgeschrieben zu werden. Ich empfehle den Kauf von Millimeterpapier.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Ja, die Kosten waren hoch, und sie wären niedriger gewesen, wenn man nicht mit so vielen gewaltbereiten Chaoten hätte rechnen müssen. Zur Wahrheit gehört aber eben auch, dass ein großer Teil der Kosten echte Investitionen in die Region waren, die von Dauer, die nachhaltig sind.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne die Sanierung einiger Rathäuser, der Bahnhöfe Klais oder Mittenwald, Straßenverbesserungsmaßnahmen oder auch die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und Feuerwehrausrüstung im Rahmen eines Sonderprogramms "G-7-Gipfel". All das steigert nachhaltig die Lebensqualität vor Ort.

Gleiches gilt übrigens auch für die vorgezogene Einführung des Behördendigitalfunks in dieser Region. Einen größeren Härtetest als den, mit 18.000 Geräten gleichzeitig zu funken, kann es nicht geben. Der BOS-Digitalfunk hat diesen Härtetest bestanden.

(Beifall bei der CSU)

Ähnlich kleinkariert und auch überheblich ist übrigens die Einschätzung der SPD-Generalsekretärin Fahimi, die bayerisches Brauchtum als "Disneyland" bezeichnet. Das zeigt nur ein weiteres Mal: Wir können Gipfel, und die SPD kann nicht einmal Bayern.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern hat sich beim G-7-Gipfel von seiner besten Seite gezeigt. Dafür danken wir allen, die dazu beigetragen haben, von Herzen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bevor ich mit diesem Tagesordnungspunkt fortfahre, möchte ich auf den Tagesordnungspunkt 7 zurückkommen – ich möchte Herrn Dr. Petri nicht länger auf die Folter spannen –: "Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz". Ich gebe nunmehr das Ergebnis der geheimen Wahl bekannt. An der Wahl haben sich 165 Abgeordnete beteiligt. Alle Stimmzettel waren gültig. Auf Herrn Dr. Thomas Petri entfielen 143 Stimmen; mit Nein haben 16 Abgeordnete gestimmt; ihrer Stimme enthalten haben sich 6 Abgeordnete. Damit hat der Landtag Herrn Dr. Thomas Petri zum Landesbeauftragten für den Datenschutz wiedergewählt. – Ich darf nun Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Petri, persönlich und im Namen des Hohen Hauses sehr herzlich gratulieren. Alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Wir wünschen Ihnen und Ihrem gesamten Team weiterhin alles Gute und viel Erfolg bei Ihrer sehr verantwortungsvollen Arbeit. Danke schön!

So, Frau Schulze, jetzt darf ich Ihnen das Rednerpult überlassen.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was bleibt vom G-7-Gipfel auf Schloss Elmau? – Manch einer würde sagen: Barack Obama trinkt also alkoholfreies Weißbier, über das "#Merkelmeme" amüsiert sich die Welt, und Alphörner, Blaskapellen und Trachtler machen anscheinend allein die bayerische Identität aus. – An dieser Stelle eine Information an die Welt: Das stimmt so nicht; Bayern ist vielfältiger.

Andere beschreiben Elmau eher als gigantische Sicherheitsfestung, als teures Mega-Event für ein schönes Pressefoto, dürftige inhaltliche Ergebnisse und die Versuche der CSU-Regierung, demokratische Grundrechte zu beschneiden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Das ist eine traurige Bilanz. Demokratischer Protest ist in der gesamten westlichen Welt einer der Eckpfeiler unseres Staatsverständnisses und zählt zu den Grundwer-

ten. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass demokratischer Protest zu einer lebendigen Demokratie gehört, auch im Umfeld eines solchen Gipfels.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die CSU-Regierung sah das leider anders. Innenminister Herrmann sprach regelmäßig von "Krawallmachern" und "Chaoten", ein lokaler CSU-Abgeordneter namens Dobrindt freute sich darüber, dass das Unwetter am Samstag "Demonstranten wegschwemmt" – so wurde er zitiert. Mit diesen Aussagen hat man wissentlich Angst geschürt und den Protest kriminalisiert. Blickt man nämlich auf die Realität, so sah es aus wie folgt:

Erstens. Schon wieder musste ein Gericht die Fehler der CSU-Regierung ausmerzen und die Fahne der Grundrechte hochhalten; das Münchner Verwaltungsgericht erlaubte das Protestcamp.

Zweitens. Über 40.000 Menschen gingen friedlich und kreativ in München und in Garmisch auf die Straße. Unzählige zivilgesellschaftliche Gruppen, Bürgerinnen und Bürger und wir GRÜNE haben ein starkes Signal an die G-7-Regierungen gesendet: Klima retten, TTIP stoppen, Armut bekämpfen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE halten an unserer von Beginn an geäußerten Kritik am Sicherheitskonzept fest. 20.000 Einsatzkräfte waren für jedes nur denkbare Bedrohungsszenario deutlich zu viel. Man muss hier wirklich von einem Sicherheits-Overkill sprechen. Am deutlichsten sieht man das bei der rechnerischen Betreuungsquote von fünf Einsatzkräften pro Demonstrationsteilnehmer bzw. Demonstrationsteilnehmerin. Bei Twitter schrieb jemand ganz zu Recht: In Garmisch regelt die Polizei den Verkehr, der aus Polizistinnen und Polizisten besteht.

Anhand dieser Beispiele zeigt sich, dass die CSU-Regierung mit ihrer Aktivität eben nicht Stärke gezeigt hat, sondern Schwäche, aus Angst vor der Kritik der Bürgerinnen und Bürger.

(Lachen bei der CSU)

– An Ihrer Reaktion merkt man das schon wieder, und das liest man auch in Ihrem Antrag, in dem Sie nach dem berechtigten Dank an die Einsatzkräfte doch tatsächlich noch folgenden Halbsatz einfügen: "… ohne dabei die Freiheit friedlicher Demonstranten einzuschränken." Ich bitte die CSU – wir haben im Vorfeld mit Ihnen geredet –, diesen Halbsatz herauszunehmen, dann können auch wir Ihrem Antrag nähertreten.

(Beifall bei der CSU)

An dieser Stelle möchte ich noch einen Hinweis an den Innenminister richten. Herr Herrmann, Sie brauchen nicht ständig von dem besonderen Verständnis der bayerischen Sicherheitspolitik zu sprechen. Sicherheit, Freiheit und Demokratie sind definierte Werte; die gelten in Bayern, im Bund und in Europa. Es sollte also kein landesspezifisches Verständnis von innerer Sicherheit geben,es sei denn, man geht von vornherein davon aus, dass Sicherheit über Meinungsfreiheit steht. Das ist aber unseres Bundeslandes nicht würdig.

Noch etwas möchte ich Ihnen mitgeben: Eine Wiedereinführung der Grenzkontrollen ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Ich finde, die CSU und alle, die sich gerade so amüsieren und aufregen, sollten sich vielmehr die Einsatzkräfte der Polizei zum Vorbild nehmen. Ich war selbst regelmäßig vor Ort, auch mit der Polizei. Darum kann ich eine Polizei-Phobie, Herr Herrmann, an mir persönlich nicht feststellen. Ich würde eher Ihnen empfehlen, Ihre Vorurteilsbrille abzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte mich an dieser Stelle für meine gesamte Fraktion ganz herzlich bei den Polizistinnen und Polizisten bedanken. Sie haben mit sehr viel Fingerspitzengefühl agiert und das durch die CSU-Regierung aufgebaute Einschüchterungspotenzial abgemildert.

(Lachen bei der CSU)

Die Kommunikation über die Social-Media-Kanäle und auch die direkte Kommunikation mit den Demonstrantinnen und Demonstranten waren vorbildlich. Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

An dieser Stelle gebührt ein Dankeschön natürlich auch den vielen ehrenamtlich arbeitenden Einsatzkräften, zum Beispiel vom THW, von der Feuerwehr und vom Roten Kreuz, die bei sengender Hitze und schwerem Unwetter für alle zur Hilfe bereitstanden. Auch ihnen ein herzliches Dankeschön von uns GRÜNEN.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Blicken wir jetzt noch kurz auf die Kosten. Offiziell spricht man ja in CSU-Regierungskreisen noch von 135 Millionen Euro, davon 95 Millionen Euro für Bayern. Schon das wäre ein stattlicher Betrag. Aber wir GRÜNE befürchten, dass die Kosten noch einmal steigen werden. Deswegen zwei Forderungen von uns:

Erstens. Die CSU-Regierung muss dem Landtag eine klare Aufstellung über alle gipfelbedingt angefallenen Kosten präsentieren. Die Rechnung gehört auf den Tisch.

Zweitens. Es müssen endlich Nachverhandlungen mit dem Bund geführt werden. Diese Forderung haben wir GRÜNE übrigens schon bei den letzten Verhandlungen zum Haushalt eingebracht.

Daneben brauchen wir eine Reform dieser Art von Gipfeltreffen. Die G-7-Gipfel werden zu Recht für die mangelnde Legitimation und die völlige Abschottung der teilnehmenden Staats- und Regierungschefs kritisiert. Wenn also schon ein solcher Gipfel stattfindet, soll er sich unserer Meinung nach für die Diskussion mit der Zivilgesellschaft öffnen. Es soll die Möglichkeit zu Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Wissenschaft und von den NGOs geschaffen werden. Natürlich ist es auch wichtig, dass für jeden künftigen Gipfelveranstaltungsort klare Nachhaltigkeitskriterien festgelegt werden, die insbesondere die ökologischen Aspekte berücksichtigen und eine vorausgehende Kostenanalyse umfassen. Auch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ist frühzeitig sicherzustellen.

Zuallerletzt müssen sich die hehren Ankündigungen im Abschlussdokument zum Klimaschutz jetzt in der Tagespolitik beweisen, bevor man die Sektkorken knallen lässt. Jetzt wollen wir von der Großen Koalition endlich einmal Taten sehen. Da Sie von der CSU und der SPD im Bund mitregieren, erwarten wir von Ihnen klare Ansagen für mehr Klimaschutz, für eine Bekämpfung der Armut und für einen Stopp von TTIP.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich Herrn Rinderspacher zum Rednerpult.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Ich schließe mich dem Dank meiner Vorrednerinnen und Vorredner aus vollem Herzen an. Unser aller Dank gilt den Sicherheitskräften aus dem In- und Ausland, unserer bayerischen Polizei, allen Verwaltungsbehörden, dem Katastrophenschutz, den Sanitäts- und Hilfsdiensten, allen organisatorischen Helferinnen, Helfern und Unterstützern, die ihren großartigen Beitrag geleistet haben, dass der G-7-Gipfel augenscheinlich ohne dramatische Zwischenfälle vonstattengegangen ist. Vielen Dank für Ihren Einsatz!

(Beifall bei der SPD)

Vielen Dank für die Umsicht und die Besonnenheit.

Wir werden den G-7-Gipfel im Landtag selbstverständlich umfassend aufarbeiten. Der Innenminister wird im Ausschuss über die exakte Belastung des bayerischen Steuerzahlers detailliert Rechenschaft ablegen. Das ist für ihn keine Zumutung, sondern angesichts der neunstelligen Summe, die an öffentlichen Geldern für den G-7-Gipfel bereitgestellt wurde, eine Selbstverständlichkeit. Auch hat die bayerische Öffentlichkeit ein Anrecht auf Information, ob denn tatsächlich, in vielen Bereichen zumindest, an jeder Stelle und zu jeder Situation auf einen Demonstranten fünf Polizisten kommen mussten. Das wirft natürlich die Frage der Verhältnismäßigkeit auf. Wir werden das im Ausschuss völlig unideologisch diskutieren.

Wir als Landtags-SPD bedanken uns auch bei den Demonstranten, die, Herr Kollege Dr. Herrmann, ihr Demonstrationsrecht friedlich wahrgenommen haben, besonders eindrucksvoll mit fast 40.000 Teilnehmern in München bei einer der größten und eindrucksvollsten Kundgebungen der vergangenen Jahre in der Landeshauptstadt.

(Beifall bei der SPD)

Ich füge ganz ausdrücklich hinzu: Als Landtags-SPD teilen wir viele Punkte der beschriebenen Kapitalismuskritik und der Globalisierungsskepsis der Demonstranten. Wir teilen die Sorge um das Auseinanderdriften von Arm und Reich weltweit. Wir teilen die Sorge um die weltweiten Flüchtlingsbewegungen infolge von Bürgerkriegen und Klimawandel und die Ausbeutung von Frauen. Wir teilen die Kritik an einem Weltwirtschaftssystem, das die Reichen immer reicher macht und die Armen weiter in Armut belässt. Wir teilen auch die Analyse, dass die G-7-Staaten Mitauslöser und Nutznießer der beschriebenen negativen weltweiten Entwicklungen waren und sind.

Ich sage ganz ausdrücklich: Es ist zu begrüßen, dass die Demonstranten auf diese und andere weltweiten Probleme eindrucksvoll hingewiesen und darüber hinaus in einer Fülle von Veranstaltungen eigene Problemlösungen und Konzepte eingebracht

haben, teilweise weit über das hinausgehend, was im Abschluss-Kommuniqué von G 7 beschrieben wurde. Ihre Botschaften sind angekommen.

Wir bedanken uns bei den Bürgerinnen und Bürgern im Süden Bayerns für die Geduld, dass sie Behinderungen und Einschränkungen hingenommen haben. Wir erwarten, dass die Staatsregierung über einen Nachteilsausgleich für die örtlichen Einzelhändler nachdenkt, deren Umsätze infolge des Gipfels regelrecht eingebrochen waren. Wir bedanken uns bei den örtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, beim Bürgermeister von Krün und bei der Bürgermeisterin von Garmisch-Partenkirchen Sigrid Meierhofer für die sehr gute Ablauforganisation vor Ort und die menschliche Art, unbürokratische Lösungen herbeizuführen.

Wir bedanken uns auch bei den Mitarbeitern der Ministerien, auch des Bundesaußenministeriums und des Kanzleramts, für die inhaltliche politische Vorbereitung des Gipfels. Auch wenn wir heute im Bayerischen Landtag dafür viel Zeit verwenden und auch wenn es der bayerische Ministerpräsident sichtlich genossen hat, sich nach Monaten innenpolitischer und parteiinterner Problemstellungen und anhaltender Medienkritik an seiner Person ein bisschen im Glanze internationaler Staatenlenker sonnen zu dürfen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Richtig! – Reinhold Bocklet (CSU): Das ist nur der Neid!)

war es im Prinzip eigentlich kein bayerischer Gipfel.

Wir freuen uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz ausdrücklich, dass der Gipfel sympathische Fotos von Bayern hervorgebracht hat, die weltweit ausgezeichnete Werbung für Bayern waren. Aber wir sind natürlich nicht gewählt, uns hier und heute selbst zu bewundern und uns in Lobhudelei zu ergehen. Deshalb folgen auch einige Bemerkungen zu den Ergebnissen des Gipfels selbst.

Ich gehe nicht so weit, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, dem Treffen der G 7 die politische Legitimität abzusprechen, wie Sie es in Ihrem Antrag formulie-

ren. Sie machen es mit diesem Satz uns als SPD durchaus schwer, Ihrem Antrag zuzustimmen; denn natürlich ist es legitim und aus unserer Sicht auch gut und richtig, dass sich die Spitzen der wirtschaftlich stärksten demokratischen Staaten treffen, um miteinander wichtige Probleme zu besprechen.

Was jedoch tatsächlich Anlass zur Sorge geben muss, ist der Augenschein, dass der Elmauer Gipfel einen Beitrag zur Wiederherstellung und Festigung der alten Weltordnung –, West gegen Ost, West gegen Süd, Reich gegen Arm, leistete. Erlebten wir in Elmau die Renaissance der politischen Gebietskulisse des Kalten Krieges? Ein G-7-Klub in dieser Konfrontationsstellung zu Russland darf aus unserer Sicht keine Dauerlösung sein.

(Beifall bei der SPD)

Eine friedliche Weltordnung setzt auf Zusammenarbeit und Kooperation. Sie muss eine Systematik des Dialogs und des Gesprächs gerade auch mit jenen enthalten, die in der Weltordnung gegenwärtig Probleme bereiten. Eine friedliche Weltordnung bezieht die Schwellen- und Mittelmächte, die Dritte-Welt-Staaten, insbesondere des afrikanischen und des asiatischen Kontinents, ein. Ohne China und Indien über weltweiten Klimaschutz zu sprechen, ist nicht sinnvoll. Sie müssen bei solchen Entscheidungen ebenso wie Brasilien und Russland und andere Länder mit am Tisch sitzen.

Im Abschluss-Kommuniqué versichern die Regierungschefs der G-7-Staaten die bereits bekannten Beschlüsse vergangener Jahre. Das gilt für die Ukraine. Hier wird Russland erneut kritisiert und aufgefordert, das Minsker Friedensabkommen einzuhalten.Bei den Wirtschaftssanktionen hält man sich alles offen: Verschärfen und Entschärfen. Von einem neuen Konzept für ein Europa mit Russland haben wir uns nach Elmau eher weiter entfernt; zumindest haben wir uns nicht darauf zubewegt. Wir bewegen uns nach dem G-7-Gipfel weiter auf Pfaden, die bis heute eine Lösung eher in weite Ferne haben rücken lassen. Das halte ich für einen Fehler.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir Russland zur Bewältigung weltweiter Herausforderungen brauchen. Wir sollten unsere bescheidenen Mittel auch hier auf Landesebene sowie die Möglichkeiten des Bayerischen Landtags nutzen, den Gesprächsfaden mit der Russischen Föderation wieder aufzunehmen. So habe ich mich bereits vor einigen Wochen mit dem Vorschlag an Frau Staatsministerin Aigner gewandt, die guten Kontakte weiter zu pflegen, auch eine Delegationsreise nach Moskau und Sankt Petersburg vorzubereiten, um einen eigenen bayerischen Beitrag zur Normalisierung und zur Annäherung zu leisten. Ich freue mich, Frau Ministerin, dass Sie wohlwollende Prüfung zugesichert haben.

Als SPD stünden wir in jedem Fall an Ihrer Seite, wenn Sie entsprechende Projekte vorbereiten. Es gilt doch, Gesprächskanäle zu öffnen, statt sie wie die G 7 zu verstopfen, und zwar auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen.

(Beifall bei der SPD)

Wirklich beschlossen wurde in Schloss Elmau nur vergleichsweise wenig. Auch das sollte in einer Aussprache hier im Plenarsaal nicht zu kurz kommen. Das Abschlussdokument ist voller Allgemeinplätze und Kompromissformeln. Es hat überwiegend deklaratorischen Charakter, ohne dass Beschlüsse weitreichend konkretisiert wurden.

Die G-7-Staaten loben sich gegenseitig für die konjunkturelle Entwicklung in ihren Ländern, aber die eigentliche Frage lautet doch eher: Wollen wir den Lauf der Welt weiter der ungebremsten Ökonomie und der Gewalt der Finanzmärkte überlassen? Es war doch Papst Franziskus, der in seinem Lehrschreiben "Evangelii Gaudium" von einer "Wirtschaft, die tötet" sprach – eine Wirtschaft, die tötet.

Heute leiden weltweit 805 Millionen Menschen an Hunger – nicht, weil nicht genügend Nahrungsmittel für alle vorhanden wären, sondern weil diese nicht gerecht verteilt werden. Einer von neun Menschen weltweit muss jeden Abend hungrig schlafen gehen. Täglich sterben 25.000 Menschen an Unterernährung – bis zum Ende dieses Tagesordnungspunkts etwa 1.000 Menschen.

Hunger ist das größte Gesundheitsrisiko weltweit. Mehr Menschen sterben jährlich an Hunger als an Aids, Malaria und Tuberkulose zusammen. Die große Mehrheit der Hungernden, nämlich 98 %, lebt in Entwicklungsländern, 500 Millionen allein in Asien und in der Pazifikregion. In Afrika lebt ein Viertel der hungernden Menschen auf der Welt.

Wo also bleiben die Mittel und Konzepte der G 7 gegen den Hunger? Wo bleibt die internationale Finanztransaktionssteuer, die für den Kampf gegen Armut in der Welt eingesetzt wird?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Kluft zwischen Arm und Reich – sie wächst und wächst und wächst. Bereits heute hat das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr Wohlstand angehäuft als die restlichen 99 % zusammen. Die Ungleichheit auf der Welt schreitet voran. Dabei gäbe es Mittel und Wege, dieser Entwicklung zu begegnen: Bekämpfung von Steuervermeidung durch Unternehmen und Reiche, Verbesserung von öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung, Besteuerung von Kapital und Reichtum anstelle oder in Ergänzung von Arbeit und Konsum, Einführung von Mindestlöhnen, gleiche Bezahlung von Frauen und Männern, ein garantiertes Mindesteinkommen und Sicherheitsnetze für die Ärmsten.

Nun darf man tatsächlich – das möchte ich betonen – nicht zu hohe Erwartungen an die Ergebnisse eines solchen Gipfels haben. Ja, es ist richtig: Man kann nicht zu siebt alle Weltprobleme in 48 Stunden bewältigen. Aber natürlich ist der Erwartungshorizont sehr weit, wenn sehr viel Geld ausgegeben wird und wenn ein Gipfel derjenigen stattfindet, die sich die mächtigsten Staats- und Regierungschefs der reichsten Länder der Erde nennen.

Es drängt sich die Frage auf, ob die Welt nach diesem Gipfel die Hoffnung haben kann, sicherer und friedlicher zu werden statt gewalttätiger und unberechenbarer. Ich fürchte, diese Hoffnungen wurden mit diesem Gipfel ein Stück weit enttäuscht. The-

men wie Iran, Nordkorea, Libyen, Afghanistan und der Nahe Osten wurden nur angerissen. Überschriften wie "Unterstützung afrikanischer Partner", "Schutz der Meeresumwelt" und "Ressourceneffizienz" klingen wunderbar. Wer könnte etwas dagegen haben?

Am Ende dieses G-7-Gipfels bleibt jedoch die Frage unbeantwortet, was genau dieses Treffen gebracht hat. Womit wird Elmau in Erinnerung bleiben? Was sollen wir von einer Absichtserklärung für eine Dekarbonisierung mit einem Zeithorizont für die nächsten 85 Jahre halten, wenn zeitgleich die Länder, die diese beschließen, ganz anders agieren, als das in den Kommuniqués beschrieben wird? - Schon einmal, bereits 2009, hat sich der Klub für das Zwei-Grad-Ziel ausgesprochen – das ist erst sechs Jahre her –; auf den darauffolgenden Klimakonferenzen war das aber nicht konkret weiterverfolgt worden.

Das gilt im Übrigen auch für Deutschland. Wenn die Union im Deutschen Bundestag die Kohleabgabe verhindert, die Sigmar Gabriel den Kraftwerken auferlegen will, die älter als 20 Jahre sind und die ein Ausstoßlimit überschreiten, dann ist das sicherlich das falsche Signal. Das hat mit Dekarbonisierung nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Was ist davon zu halten, wenn der Bayerische Ministerpräsident sich am Rande des Gipfels für eine schnelle Dekarbonisierung ausspricht und im gleichen Atemzug für einen Ausbau von Gaskraftwerken für den Freistaat Bayern wirbt und die Errichtung von Windrädern de facto blockiert?

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Was ist davon zu halten, wenn manche Staaten, wie bis vor vier Jahren auch die CSU, die Dekarbonisierung mit einem Ausbau der Kernkraft verbinden und das dann für nachhaltige Energiepolitik halten?

G 7 in Elmau hat tatsächlich schöne Bilder produziert, und wir begrüßen es, dass die sieben Staats- und Regierungschefs im Lichte der Kameras so freundschaftlich miteinander umgegangen sind. Schon allein das, sagen manche, sei ein Wert an sich. Man kann das so sehen, wenn man sich in Bescheidenheit übt. In der Sache hätte in jedem Fall mehr herumkommen können.

Nutzen also zumindest wir unsere Möglichkeiten, in unserem Verantwortungsbereich und im eigenen Zuständigkeitsbereich die formulierten vagen Ziele des G-7-Gipfels von Elmau dann doch zum Erfolg zu führen. Bei der Energiewende, beim Klimaschutz, beim Gesundheitsschutz, bei der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen haben wir in Bayern mit dem Elmauer Zielekatalog eine brauchbare Grundlage für eine progressive und für eine fortschrittliche Politik. Wir als SPD werden immer wieder darauf Bezug nehmen.

Auch in der gemeinsamen Verantwortung in der Bundesregierung sind wir aufgefordert, den selbst gesteckten Zielen nachzukommen. Unser Ziel, die Entwicklungsfinanzierung zur Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens zu steigern, haben wir mit derzeit 0,38 % bei Weitem noch nicht erreicht.

(Beifall bei der SPD)

Die Anhebung der Mittel für Entwicklung und Klima in den nächsten vier Jahren im Bund um acht Milliarden Euro ist aber ein erster Schritt, unseren internationalen Verpflichtungen gerecht zu werden. Wir wären bereits heute ein Stück weiter, wenn nicht die schwarz-gelbe Bundesregierung die Ausgaben für Entwicklungshilfe in der letzten Legislaturperiode gekürzt hätte.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD werden uns weiter dafür einsetzen, einen kontinuierlichen und verlässlichen Aufwuchspfad der Finanzmittel für Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen.

Willy Brandt sagte: "Entwicklungspolitik von heute ist die Friedenspolitik von morgen". – Dies gilt gerade auch im 21. Jahrhundert.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank.

Manfred Ländner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Vizepräsidentin!

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Moment, warten Sie bitte, bis der Beifall zu Ende ist. Das machen wir bei den anderen Kollegen auch.

(Isabell Zacharias (SPD): Das gehört sich auch so!)

Manfred Ländner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich wollte gerade sagen - -

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Das hat Frau Stamm extra so angewiesen: Man muss immer warten, bis der Beifall zu Ende ist. Erst dann wird das Wort erteilt, und der nächste Redner darf sprechen.

(Zurufe)

Sehr geehrter Herr Ländner, jetzt sind Sie dran.

Manfred Ländner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, ich wollte gerade Kollegen Rinderspacher in den Applaus hinein für seinen Redebeitrag loben. Herzlichen Dank, Kollege Rinderspacher, Sie haben sich bei den Einsatzkräften bedankt, und Sie haben auf die Bedeutung des Gipfels hingewiesen.

Sie haben gefragt: Wie wird der Gipfel in Erinnerung bleiben? – Ich sage Ihnen: Der Gipfel wird durch die Tatsache in Erinnerung bleiben, dass es in Bayern möglich ist, dass sich führende Staatschefs dieser Welt treffen, ohne dass es chaotische Ausschreitungen gibt, ohne dass irgendwo Fahrzeuge oder Häuser brennen, und dass wir es hier in Bayern mit unseren Einsatzkräften und unseren Rettungsdiensten ermög-

licht haben, diesen Gipfel hervorragend zu bewältigten.Das wird in Erinnerung bleiben, und das finde ich gut für unser Heimatland Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe Verständnis dafür, dass die Opposition, nicht Sie, Herr Rinderspacher, aber in anderen Redebeiträgen, das Haar in der Suppe sucht und mit größtmöglichen Anstrengungen versucht, die Polizei zu kritisieren. Seit vielen Monaten und Jahren erleben wir es hier im Bayerischen Landtag. Immer wieder wird gefragt: Was macht die Polizei falsch? – Ich kann aber sagen, dass die Polizei auch in der Berichterstattung nicht unbedingt immer polizeifreundlicher Medien hervorragend dargestellt wurde und dass die bayerische Polizei, dazu die bayerische Feuerwehr, die bayerischen Rettungsdienste, in Elmau eine hervorragende Arbeit abgeliefert haben. Das war stellvertretend für unser Bundesland Bayern, und das hat unser Dankeschön und unser "Vergelts Gott" verdient.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER) – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Auch die Frage nach der Notwendigkeit des Gipfels wird immer wieder gestellt. Ich darf aus einem Pressebericht zitieren, den ich gelesen habe. Darin hat ein Journalist gefragt, was gewesen wäre, wenn sich 1913 die führenden Köpfe der Länder in angenehmer Atmosphäre zusammengesetzt hätten. Vielleicht hätte man die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts verhindern können. – Darin, liebe Freunde, liegt die entscheidende Kraft dieses Gipfels.

(Beifall bei der CSU)

Unsere demokratischen Länder, die Führer unserer Demokratien, können sich zusammensetzen, können miteinander reden und können Vorschläge, Meinungen, auch Entschlüsse erarbeiten, die unsere Welt nach vorne bringen.

Herr Rinderspacher, ich beziehe mich noch auf Ihre Rede. Sicherlich haben Sie genug Punkte angesprochen, bei denen es Verbesserungsbedarf gibt, bei denen wir als Einwohner eines reichen Landes nachbessern müssen, auf die wir auch unsere Bevölkerung aufmerksam machen müssen. Wir müssen ihr sagen: Liebe Freunde, stellte man eine Jeans in Deutschland her, würde sie 800 Euro kosten. Das müssen wir den Menschen sagen. Wir müssen den Menschen auch sagen: Liebe Freunde, wenn ihr im Supermarkt zehn Eier für 1,29 Euro kauft, dann hat der Bauer keine Wertschöpfung. Diese Wertschöpfung der Urproduktion landwirtschaftlicher Produkte, auch der Produkte, die im Ausland hergestellt werden, wirft eine generelle Frage auf, die von der Politik unabhängig ist und vom Verbraucher entschieden werden muss. Das betrifft sowohl Deutschland in Bezug auf die Landwirtschaft als auch zum Beispiel Asien in Bezug auf die Herstellung von Kleidung.

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen. Frau Schulze, wir verstehen uns nicht immer, aber meistens gut. Sie haben versucht, den Auftritt der Trachtler in Krün und die hervorragende Beteiligung der Bevölkerung als Bayerntümelei lächerlich zu machen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das habe ich nicht gemacht! – Thomas Gehring (GRÜNE): Das hat sie doch gar nicht gemacht!)

Unser bayerisches Brauchtum ist ein Aushängeschild für unser Bundesland, ein Aushängeschild für unsere Menschen. Die Menschen sind stolz darauf, dass sie hier in Bayern ihre Heimat haben, und sie zeigen das.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich habe sehr aufmerksam zugehört, liebe Frau Schulze. Ich frage mich, ob Sie Ihre heutige Rede vor dem Gipfel geschrieben haben, da Sie wiederum Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten rügen und das polizeiliche Vorgehen beklagen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Mir ging es um das Vorgehen der CSU, nicht um das Vorgehen der Polizistinnen und Polizisten!)

Es ist Tatsache, dass das Vorgehen der bayerischen Polizei grundsätzlich gelobt wurde, dass sich das Konzept, das in 14 Monaten ausgearbeitet wurde, bewährt hat, dass die Kommunikationsbeamten der bayerischen Polizei bei Demonstranten, bei Einwohnern und auch bei den eigenen Einsatzkräften Rückhalt und ein hervorragendes Echo gefunden haben.

(Beifall bei der CSU)

Eine derart herausragende Arbeit wie die in Elmau wird es nur in Bayern geben können – sagen wir es einmal so.

(Beifall bei der CSU)

Sehr geehrte Damen und Herren, dieser Gipfel hat erstens bewiesen, dass sich die Führer der demokratisch geführten Länder nach wie vor treffen und unterhalten können, und das ist wichtig. Der Gipfel hat zweitens bewiesen: Die bayerische Polizei, die bayerische Feuerwehr und die bayerischen Rettungsdienste sind jederzeit bereit, einen solchen Gipfel zu ermöglichen. Drittens hat der Gipfel bewiesen, dass wir in unserer Demokratie sowohl mit Protest und Demonstranten als auch mit Aussagen der Politik gleichzeitig gut umgehen können. Dies war ein Lehrbeispiel für gelebte Demokratie in Bayern. Sowohl die Gipfelteilnehmer als auch die Polizei und die Demonstranten konnten ihre Meinung artikulieren. Die Meinungen wurden in den Medien wiedergegeben. Ich würde sagen: Dieser Gipfel in Elmau war ein herausragender Erfolg für die Demokratie, für unsere westlichen Werte und auch eine Botschaft in den Nahen Osten: So gehen wir miteinander um, das ist richtig; und das wollen wir auch in Zukunft tun.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf mit einem nochmaligen Dank an die Einsatzkräfte, aber auch mit dem Dank an Sie als Opposition schließen; denn die Kritik am Gipfel und am Einsatz war jetzt nicht so berauschend, dass wir uns wegwerfen müssten. Es ist hervorragend – Herr Rinderspacher, ich habe Sie ausdrücklich gelobt -, dass wir als Landtag insgesamt hinter diesem Gipfel stehen. Dies ist ein Zeichen auch für die Demokratie in Bayern. Dass wir als Landtag insgesamt hinter unseren Einsatzkräften stehen, ist ebenfalls ein gutes Zeichen und ein Signal an unsere Polizei und unsere Rettungsdienste. Dafür, dass wir die Möglichkeit des Meinungsaustauschs und auch Örtlichkeiten schaffen, wo dieser Meinungsaustausch der führenden Nationen möglich ist, sind wir, liebe Freunde, hier in Bayern beispielgebend. Ich bedanke mich beim Bayerischen Landtag, bei den Einsatzkräften und bei den vielen Bürgerinnen und Bürgern in Garmisch-Partenkirchen, in Krün und in Elmau, die das mitgetragen haben. Herzlichen Dank. Vergelts Gott!

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich Herrn Staatsminister Herrmann zum Rednerpult.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was die grundsätzliche Bedeutung dieses G-7-Gipfels betrifft, will ich zunächst feststellen, dass nicht nur aus meiner Sicht, sondern auch aus der Sicht der gesamten Bayerischen Staatsregierung dieser G-7-Gipfel ein großartiger politischer Erfolg unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel ist, dass er zu richtungsweisenden Entschließungen insbesondere zur Klimaschutzpolitik geführt hat und dass er insgesamt für Deutschland, unter manchen Aspekten auch für die weitere Entwicklung der Weltpolitik ein ganz wichtiger Meilenstein ist. Wir freuen uns, dass unsere Kanzlerin diesen Erfolg errungen hat.

(Beifall bei der CSU)

Ich will auf Ihre umfangreichen Ausführungen in dieser Hinsicht nicht im Einzelnen eingehen, lieber Herr Kollege Rinderspacher. Auch Sie wissen, dass es noch andere Formate, wie zum Beispiel die G 20, gibt. Die G-20-Länder haben sich erst im vergangenen Herbst in Australien wieder getroffen. Dort sind dann natürlich Russland, Indien, China, Brasilien und weitere Länder dabei. Aber es hat, so meine ich, seinen Grund, dass sich auch die G 7 treffen.Diese sieben Staaten zeichnet nämlichnicht nur ihre wirtschaftliche Stärke aus; die sieben Staats- und Regierungschefs sind zweifellos auch allesamt aus rechtsstaatlichen, demokratischen Wahlen hervorgegangen. Diesen Aspekt sollte man auch in der heutigen Zeit nicht geringschätzen.

(Beifall bei der CSU)

Es steht außer Frage, dass wir auch mit den anderen Staaten in gutem Kontakt sein müssen. Wir suchen nicht die Konfrontation, sondern den Dialog, ob mit dem Regime in China oder mit Regimen anderswo. Von der Wertegrundlage her ist es aber ein Unterschied, ob Regierungen eine rechtsstaatliche Basis haben, ob es sich um echte Demokratien handelt oder nicht. Das sollte man, wie erwähnt, nicht gering schätzen. Deshalb hat es seinen guten Grund, sich in diesem Kreis zu treffen.

Ich freue mich jedenfalls, dass, unabhängig davon, wie jeder Einzelne die Ergebnisse des G-7-Gipfels bewertet, die Berichterstattung in den vergangenen drei Tagen nicht nur bayern- oder deutschlandweit, sondern auch weltweit von den inhaltlichen Diskussionen des G-7-Gipfels bestimmt war. Weltweit eingeprägt haben sich nicht Bilder von brennenden Autos, von Randale oder dergleichen mehr, sondern die guten Bilder der sich in Elmau treffenden Staats- und Regierungschefs. Dies sicherzustellen, ist auch eine Aufgabe, die Bayern als Gastland in diesem Zusammenhang hat.

(Beifall bei der CSU)

G-7 in Bayern heißt:

Erstens. Bayern hat sich der Weltöffentlichkeit von seiner allerbesten Seite gezeigt und als wirklich guter Gastgeber präsentiert.

Zweitens. Wir haben einen absolut reibungslosen und sicheren Gipfel gewährleistet.

Drittens. Wir haben die im Grundgesetz verbriefte Demonstrationsfreiheit aller friedlichen Bürgerinnen und Bürger zu jedem Zeitpunkt garantiert.

Viertens. Wir haben dafür gesorgt, dass die Beeinträchtigungen der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere im Werdenfelser Land, so gering wie möglich ausgefallen sind.

Fünftens. Wir haben dem hohen Stellenwert des Naturschutzes und der Nachhaltigkeit gerade an diesem sensiblen Standort besonders Rechnung getragen, was übrigens von Anfang an auch der Kanzlerin ein besonderes Anliegen war.

Der G-7-Gipfel ist daher auch aus dem Blickwinkel der Organisation und der Gewährleistung der Sicherheit eine Erfolgsgeschichte. Grundlage dafür war ein ausgefeiltes, über viele Monate hinweg ausgearbeitetes Konzept für die Organisation, aber eben auch für die Sicherheit. Wir können heute feststellen: Dieses Konzept hat sich hervorragend bewährt. Wir haben die Ziele, die wir uns gesetzt hatten, voll und ganz erreicht.

(Beifall bei der CSU)

Der Erfolg eines jeden Sicherheitskonzepts liegt aber nicht allein in seiner ausgefeilten Taktik und Strategie begründet; ein wesentlicher Erfolgsfaktor sind auch die Menschen, die es mit Leben erfüllen. Ihnen können wir heute in der Tat Dank sagen.

(Beifall bei der CSU)

Viele Tausend Polizisten, Einsatzkräfte der Rettungsdienste und der Feuerwehr waren im Einsatz und haben das Sicherheitskonzept umgesetzt bzw. mit Leben erfüllt. Dies geschah offensichtlich zur Zufriedenheit der allermeisten Menschen, die dort zu Hause

sind, und zur Zufriedenheit unserer Gäste. Wie wir feststellen können, ist die Resonanz der gesamten bayerischen Bevölkerung äußerst positiv.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich konnte mir während der Gipfeltage einen persönlichen Eindruck von der Leistungsfähigkeit, der Professionalität und dem Fingerspitzengefühl unserer Sicherheitskräfte verschaffen. Sie haben besonnen und mit Augenmaß gearbeitet. Aber sie gingen auch konsequent ans Werk, und das mit großartiger Unterstützung von Polizeibeamtinnen und -beamten aller deutschen Länder, des Bundes und unseres Nachbarlandes Österreich. Mein Respekt und mein Dank gelten an dieser Stelle allen Polizistinnen und Polizisten, die in zum Teil schwierigem Gelände Sturm, Regen und Hitze getrotzt und für unser aller Sicherheit gesorgt haben. Es ging nicht nur um die Sicherheit von sieben Staats- und Regierungschefs, sondern um die Sicherheit der gesamten Bevölkerung im Werdenfelser Land, in München, in ganz Bayern. Die Sicherheit war zu jedem Zeitpunkt gewährleistet. Ein herzliches Dankeschön an alle Einsatzkräfte!

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Natürlich beziehe ich in diesen Dank auch die Kräfte des Technischen Hilfswerks und der Bundeswehr ein; das ist dankenswerterweise von Florian Herrmann schon angesprochen worden. Ich danke vor allem den ehrenamtlichen Kräften des Bayerischen Roten Kreuzes, der Johanniter, der Malteser, des Arbeiter-Samariter-Bundes, der Bergwacht und der Freiwilligen Feuerwehren. Es ist gerade für Ehrenamtler nicht selbstverständlich, sich – ich sage das bewusst so salopp – mehr als ein Wochenende um die Ohren zu schlagen und ehrenamtlich viele, viele Stunden Einsatz insbesondere im Werdenfelser Land zu leisten. Gerade diesen Ehrenamtlern gilt unser ganz herzliches Dankeschön für ihre großartige Einsatzbereitschaft.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Bei der Vorbereitung war die Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene von Anfang an sehr gut. Marcel Huber und viele andere waren über Monate hinweg bei zahlreichen Treffen, Bürgerversammlungen und Einzelbesprechungen mit der kommunalen Ebene dabei. Ich betone: Trotz der parteipolitischen Pluralität der Betroffenen – in den verschiedenen kommunalen Gremien, um die es dabei geht, sind die unterschiedlichsten Parteien vertreten – haben wir von Anfang an eine wirklich enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit erlebt. Dies war auch während der Zeit des Gipfels – da ging es um die Frage des Umgangs mit dem Camp und um verwaltungsgerichtliche Auseinandersetzungen – nicht anders.

Ich sage der Bürgermeisterin von Garmisch-Partenkirchen, Dr. Sigrid Meierhofer, dem Bürgermeister von Krün, Thomas Schwarzenberger, dem Bürgermeister von Mittenwald, Adolf Hornsteiner, und dem Landrat Anton Speer stellvertretend für alle Kommunalpolitiker in der Region ein herzliches Dankeschön. Sie alle haben vorbildlich gezeigt: Wenn es darauf ankommt, arbeitet man selbstverständlich zusammen und hält zusammen. Dort hat nie jemand von Parteigrenzen geredet. So wurde das praktiziert. Das ist von allen positiv wahrgenommen worden.

(Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke aber auch allen friedlichen Demonstranten. Sie ließen sich durch einige wenige Chaoten nicht zu Gewalt verführen. Ich danke insbesondere all den friedlichen Demonstranten, die sich aktiv für Gewaltfreiheit ausgesprochen und diese auch gelebt haben. Ein Beispiel: Die große Demonstration am Fronleichnamstag mit über 35.000 friedlichen Demonstranten sandte ein starkes Signal aus. Es wurde deutlich, welch hohe Bedeutung die Freiheit der politischen Meinungsäußerung bei uns hat. Damit ergibt sich eine Verbindung zu dem, was ich vorhin gesagt habe: Wir haben gezeigt,

was wir unter rechtsstaatlicher Demokratie verstehen. Wir haben gezeigt, dass wir das Demonstrationsrecht garantieren.

(Beifall bei der CSU)

Das ist leider in weiten Teilen der übrigen Welt nicht gewährleistet.

An dieser Stelle will ich auf eine Bestimmung hinweisen, die in manch kluger Debatte der letzten Wochen etwas untergegangen ist, nämlich auf Artikel 8 Absatz 1 des Grundgesetzes. Dieser lautet: "Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln." Diese Formulierung findet sich im Grundgesetz von Anfang an – friedlich und ohne Waffen. Ich brauche nicht Jura studiert zu haben, um daraus unmittelbar abzuleiten, dass jemand, der bewaffnet unterwegs ist, nicht mehr das Versammlungsrecht des Grundgesetzes für sich in Anspruch nehmen kann.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wenn Antragsteller für die große Demo in Garmisch-Partenkirchen noch wenige Tage vor dem G-7-Gipfel in öffentlichen Diskussionen vor Ort auf die Frage, wie sie es mit der Gewaltfreiheit halten und ob sie versprechen, selbst gewaltfrei zu agieren, minutenlang herumeiern und sagen, das müsse man immer von der jeweiligen Situation her sehen, es komme auch darauf an, wie andere sich verhalten, sich also – trotz fünfmaligen Nachfragens! – nicht auf ein gewaltfreies Agieren festlegen wollen, dann müssen wir von vornherein feststellen: So etwas ist von der Versammlungsfreiheit nicht gedeckt. In einer solchen Situation müssen sich die Sicherheitskräfte darauf einstellen, dass Leute unterwegs sind, die möglicherweise nicht gewaltfrei agieren. Dann ist es Aufgabe unserer Polizei, dafür zu sorgen, dass dies nicht durchschlagen kann. Dazu bekennen wir uns.

(Beifall bei der CSU)

Nicht nur in der Art, wie demonstriert wurde, sondern schon in der Art der Ankündigung gab es Unterschiede. Die Demonstranten in München haben überwiegend ihre politischen Ziele, die sie in Sachen Klimaschutz, in Sachen Friedenspolitik oder in anderer Sache erreichen wollen, verkündet. Die Rädelsführer derjenigen, die in Garmisch-Partenkirchen unterwegs waren, hatten angekündigt: Wir wollen den G-7-Gipfel verhindern;Wir wollen G 7 stoppen; wir wollen blockieren und dergleichen. Das war eine ganz andere Sprache. Deshalb mussten sich natürlich auch die Sicherheitskräfte auf das, was für Garmisch geplant war, ganz anders einstellen. In München waren gerade einmal dreieinhalbtausend Polizeibeamte im Einsatz. Ich bitte schon, dies bei den Wertungen der Zahlen zu berücksichtigen. In München waren 35.000 Demonstranten unterwegs, und 3.500 Beamte waren im Einsatz. Dort aber, wo angekündigt worden ist, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit Gewalt geplant ist, mussten wir natürlich auch von vornherein mit einem anderen Polizeieinsatz herangehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ganz abgesehen davon, habe ich wiederholt darauf hingewiesen, dass völlig unabhängig von der Zahl der Demonstranten am unmittelbaren Treffpunkt der Staats- und Regierungschefs angesichts der hohen Terrorgefahr, von der beispielsweise der US-Präsident grundsätzlich betroffen ist, ganz egal, wo er sich auf der Welt aufhält, ein erheblicher Anteil des Polizeieinsatzes dem unmittelbaren persönlichen Schutz nicht vor Demonstranten, sondern vor terroristischen Gefahren gilt.

Insgesamt ist es aber, wie ich meine, mit einem klugen, besonnenen Vorgehen der Polizei und mit dem Konzept "Deeskalation durch Stärke", das Florian Herrmann vorhin schon völlig zu Recht angesprochen hat, wirklich gelungen, die allermeisten, die Gewalt im Schilde geführt haben, davon abzuhalten. Wir haben solche Leute – wahrscheinlich war dies auch in Garmisch-Partenkirchen nicht die Mehrzahl der Demonstranten –, also diejenigen, die zweifellos mit solchen Absichten präsent waren, von Anfang an in Schach halten können. Deshalb ist es eben nicht zum Ausbruch von Gewalt gekommen. Dazu sage ich in der Tat: Wir sehen das als Erfolg an. Wir halten es für

richtig, nicht erst abzuwarten, bis Gewalt ausbricht und dann einzugreifen, sondern in der Tat ein Sicherheitskonzept zu vermitteln und jedem deutlich zu machen: Wenn jemand die Absicht hat, eine Straftat zu begehen, dann werden wir ihn festzunehmen und ihn dem Richter vorzuführen. Genau dazu hat die Präsenz der Justiz gedient, und dafür bin ich dankbar, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Insgesamt ist aber – ich meine, das ist Sonntag früh beim Besuch der Kanzlerin und des US-Präsidenten in Krün besonders deutlich geworden – die großartige Gastfreundschaft der Menschen in der Region deutlich geworden. Von den anderen Dingen war überhaupt nicht die Rede. Es war allerdings auch so, dass bei den Worten, die der US-Präsident und die Kanzlerin in Krün gefunden haben, niemand den Eindruck hatte, sie würden sich in Disneyland wähnen. Sie haben die richtigen Worte für die Menschen vor Ort gefunden, weil sie gemerkt haben, dass sie von diesen Menschen, von denjenigen, die in Krün zu Hause sind, mit Begeisterung empfangen worden sind, dass sich die Menschen über diesen Besuch gefreut haben. Sowohl die Kanzlerin als auch der US-Präsident haben gemerkt, dass die Menschen dort authentisch sind und sie gern genau so leben; sie ziehen ihr Dirndl nicht im Fasching an, sondern sie tragen gern Dirndl, sie tragen gern Lederhose. Das ist nicht Disneyland, sondern das ist authentisch Bayern.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Abschließend möchte ich mich auch bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier im Bayerischen Landtag herzlich bedanken. Letztendlich können unsere Polizei und auch die anderen Einsatzkräfte ihre Arbeit nur so gut verrichten, weil sie den Rückhalt der Mehrheit des Landtags haben, weil sie eine gute technische Ausstattung bekommen, auch die nichtpolizeilichen Einsatzkräfte. Das gilt in den unterschiedlichsten Situationen. Ich sage dies auch, weil ich mich am Fronleichnamstag, zwar nicht datumsmäßig,

aber vom Tag her, daran erinnert habe, dass ich vor genau einem Jahr am Fronleichnamstag in Berchtesgaden stand. Mit Hilfe von 700 Einsatzkräften haben wir einen Höhlenforscher aus einer Höhle gerettet. 700 Einsatzkräfte waren im Einsatz, da es galt, das Leben dieses einen Menschen zu retten.

(Beifall bei der CSU)

Das ist für uns in Bayern auch selbstverständlich. Darüber gab es keine Diskussion. Das macht letztendlich unsere Stärke und unsere Solidarität aus.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Deshalb können wir angesichts dieser großartigen Arbeit wirklich mit Fug und Recht dankbar auf diesen G-7-Gipfel und auf das, was von vielen Tausenden Menschen in Bayern dafür geleistet worden ist, zurückblicken. Ich möchte mich ausdrücklich auch beim Ministerpräsidenten, beim Kollegen Marcel Huber und bei allen Kollegen der Staatsregierung dafür bedanken. Das war Teamwork über mehr als ein ganzes Jahr hinweg. Zeitweilig gab es fast keinen Teil der bayerischen Staatsverwaltung, der nicht in irgendeiner Weise damit befasst war – die einen mehr, die anderen weniger. Insgesamt ist es gelungen, dies hervorragend zu meistern. Bayern war ein herrliches und friedliches Gastland für den G-7-Gipfel. Wir sind ebenso stolz wie dankbar dafür, dass wir den guten Ruf und das positive Image, das Bayern weltweit ohnehin hat, weiter stärken konnten. Deshalb, so meine ich, war dieser G-7-Gipfel für Bayern ein Erfolg. Vielen herzlichen Dank und alles Gute!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ich meine, es interessiert auch Sie, worüber wir abstimmen. Deshalb bitte ich jetzt um Ruhe.

(Widerspruch bei der CSU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/6821 – das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. – Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/6823 – das ist der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN.

(Unruhe bei der CSU)

Stimmenthaltungen bitte. – Ich sehe keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.Ich komme nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 17/6830. Hierzu möchte ich feststellen, dass wir im ersten Absatz unter Ziffer 1 einen Druckfehler korrigieren müssen. Es darf hier nicht "Legitimität" heißen, sondern es muss "Legitimation" heißen. Damit heißt der Satz jetzt:

Der Landtag stellt fest:

Das Treffen der Staats- und Regierungschefs anlässlich des G7-Gipfels wird zu Recht für seine mangelnde Legimitation und die völlig Abschottung der teilnehmenden Staats- und Regierungschefs kritisiert.

Das ist die aktuelle Fassung des Antrags, über die wir nun abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen bitte. – Das

sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Enthaltungen? – Einige Enthaltungen bei der SPD. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/6837 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte. – Keine. Enthaltungen? – Eine Enthaltung bei der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Antrag angenommen.

Damit haben wir diese Dringlichkeitsanträge unter dem Tagesordnungspunkt 9 erledigt. Nun erteile ich der Abgeordneten Claudia Stamm zu einer Erklärung zur Abstimmung das Wort. Bitte schön, Frau Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In ganz großen Teilen kann ich natürlich den Anträgen der FREIEN WÄHLER und der SPD zustimmen, weil wir bereits bei den Haushaltsberatungen beantragt haben, dass mehr Kosten von Berlin übernommen werden sollen. Das ist logisch. Dieser falsch ausgewählte Ort hat einfach diese immensen Kosten verursacht, und deswegen sollte auch gelten: Wer anschafft, soll auch bezahlen, oder zumindest einen größeren Teil bezahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann mich auch dem Dank, vor allem an die Bevölkerung vor Ort, anschließen. Sie hat Großartiges geleistet. Die katholischen Frauen haben Apfelstrudel ins Protestcamp gebracht. Andere haben den Menschen im Protestcamp angeboten, bei sich zu Hause zu übernachten, weil es so geregnet hat. Die Bevölkerung hat einfach Großartiges geleistet. Dank gilt übrigens auch den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, die ehrenamtlich gearbeitet und vor Ort Beistand geleistet haben. Davon war hier kein Wort zu hören. Im Konzept der Staatsregierung war auch gar nicht vorgesehen, dass Demonstrierende, die in Haft kommen, eine Vertretung brauchen.

(Widerspruch bei der CSU – Reinhold Bocklet (CSU): Wer ist dort in Haft genommen worden?)

Auch das gehört zu einem Rechtsstaat. Es tut mir herzlich leid. In einem Rechtsstaat gehört es dazu, dass die Inhaftierten einen Rechtsbeistand – –

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Kollegin, Entschuldigung, darf ich Sie bitten, sich nur auf die Begründung Ihres Abstimmungsverhaltens zu beschränken und nicht mehr die Diskussion zu eröffnen? Bitte nur die einzelnen Gründe für die Abstimmung nennen!

(Beifall bei der CSU)

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Die Begründung ist die, dass mir der Dank zu pauschal war, der hier ausgesprochen wurde. Natürlich möchte ich ganz klar auch den Einsatzkräften und den Polizistinnen und Polizisten danken.

(Zurufe von der CSU – Reinhold Bocklet (CSU): Scheinheilig! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Peinlich!)

Es ist klar, dass die bayerische Polizei größtenteils ganz tolle Arbeit geleistet hat.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Größtenteils?)

Eingeschränkt wurden aber das Versammlungsrecht und das Demonstrationsrecht.

(Jürgen W. Heike (CSU): Ein konkretes Beispiel bitte!)

Deswegen war mir die Diskussion zu pauschal. Auch die Bürgermeisterin von Garmisch-Partenkirchen musste erst mit einem Gerichtsurteil davon überzeugt werden, dass es vor Ort ein Versammlungsrecht gibt. Deswegen war mir die Diskussion zu pauschal, und deswegen habe ich mich enthalten.

(Thomas Kreuzer (CSU): Seien Sie froh, dass es nicht mehr geregnet hat, sonst hätten Sie die Hochwassergefahr gesehen!)

– Ach, Herr Kreuzer, Sie wollten die Demonstranten offenbar auch wegschwemmen, wie Ihr Kollege Dobrindt. Vielen Dank! Die Hochwassergefahr war bei "Rock im Park" in Nürnberg und nicht in Garmisch. Es ist tatsächlich so – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wenn hier dazwischengeredet wird, mache ich – –

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich bitte noch einmal: Es ist eine Erklärung zur Abstimmung.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich habe mich enthalten, weil es mir zu pauschal war, wie hier diskutiert wurde.

(Peter Winter (CSU): Das Ganze haben wir schon gehört, Claudia!)

Ich möchte aber ganz klar den Dank an die Menschen vor Ort aussprechen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Entschuldigung, der Dank an die Bevölkerung gehört nicht zur Erklärung zur Abstimmung. Ich bitte Sie, sich auf die Erklärung zu den Abstimmungsgründen zu beschränken. Erklären Sie nur, warum Sie so abgestimmt haben, und nichts darüber hinaus! Darum bitte ich.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Nachdem ich nicht sagen darf, was ich an den Anträgen gut finde, möchte ich noch einmal betonen, dass mir sowohl die Anträge als auch die Begründungen hier zu pauschal waren, und deswegen habe ich mich enthalten.

(Josef Zellmeier (CSU): Das reicht doch jetzt!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. – Wir kommen nun zu den nächsten Dringlichkeitsanträgen.